

Sportwetten: Vier weitere Firmen am Start

Kiel. Vier weitere Glücksspielunternehmen dürfen in Schleswig-Holstein Sportwetten anbieten. Die Lizenzen dafür vergab das Innenministerium auf der Grundlage des umstrittenen neuen Glücksspielgesetzes jetzt an die Firmen bwin (Sitz Gibraltar), Bet365 (Großbritannien), bet-at-home und Tipico (beide Malta). Damit wurden bisher insgesamt sieben bis 2018 geltende Lizenzen für Sportwetten erteilt. Dem Innenministerium liegen nach eigenen Angaben noch Anträge 24 weiterer Anbieter von Sportwetten vor. 17 Firmen bemühen sich um Lizenzen für Online-Casinospiele wie Poker und Roulette.

Schleswig-Holstein geht mit seiner liberalen Praxis einen Alleingang in Deutschland. Die anderen 15 Länder haben sich auf einen Glücksspielstaatsvertrag mit mehr Restriktionen verständigt. dpa

KURZ NOTIERT

Hartz-IV-Empfänger: Keine Münzsammlung

Kassel. Hartz-IV-Empfänger müssen wertvolle Münzsammlungen verkaufen. Ihr Verkauf ist in der Regel nicht unwirtschaftlich, die Sammlung ist auch nicht als Hobby geschützt. Das entschied gestern das Bundessozialgericht in Kassel. Es wies damit die Klage eines 52-Jährigen ab. Mit Blick auf eine wertvolle Münzsammlung hatte das Jobcenter seine Hilfebereitschaft verneint. afp

Mietrecht: Kabinett beschließt Reform

Berlin. Die 39 Millionen Mieter in Deutschland sollen sich weniger leicht gegen energiesparende Sanierungen sperren können. Bei Bauarbeiten mit Lärm und Staub darf die Miete in den ersten drei Monaten nicht gemindert werden. Das sieht eine gestern vom Bundeskabinett beschlossene Mietrechtsreform vor. Zudem können Vermieter nun besser gegen Mietnomaden vorgehen. dpa

Fahrtenbücher müssen immer detailliert sein

München. Klarer Fall: Auch Geschäftsführer müssen die Fahrtenbücher ihrer Dienstwagen genau führen. Ohne präzise Angaben zu Datum, Ausgangspunkt und Ziel einer Fahrt können Kosten nicht steuermindernd geltend gemacht werden, wie der Bundesfinanzhof (BFH) in einem gestern veröffentlichten Grundsatzurteil entschied. afp

Norden übernimmt Metall-Tarifabschluss

Hamburg. Der Tarifabschluss für die 140 000 Beschäftigten der norddeutschen Metall- und Elektroindustrie ist perfekt. Der Arbeitgeberverband Nordmetall und die IG Metall Küste vereinbarten gestern in Hamburg, den Pilotabschluss aus Baden-Württemberg zu übernehmen. Danach bekommen die Beschäftigten rückwirkend zum 1. Mai 4,3 Prozent mehr Geld. dpa

Experten: Schiffbau hat weltweit die besten Jahre hinter sich

Hamburg. Der Schiffbau muss sich weltweit auf neue Herausforderungen einstellen. Nachdem die Werften 2011 mit mehr als 100 Millionen Bruttotonnen einen Produktionsrekord erreichten, seien nun in den nächsten Jahren Überkapazitäten und fallende Schiffspreise zu erwarten, sagte Martin Stopford, Geschäftsführer der Beratungs-

firma Clarkson Research, gestern in Hamburg. Gleichzeitig hätten sich die Rahmenbedingungen für die Schifffahrt durch die hohen Preise für Treibstoff verändert, ebenso wie die Umweltvorschriften. „Die Werften können das gegenwärtige Produktionsniveau nicht über 2012 hinaus aufrechterhalten“, sagte Stopford.

„Wir haben die Spitze eines lang laufenden Zyklus erreicht.“ Im laufenden Jahr werde die Produktion auf 94 Millionen Tonnen fallen, im nächsten auf 70 Millionen – ein Einbruch um ein Drittel gegenüber 2011. Hintergrund sind rückläufige Bestellungen der Reederei, die über relativ moderne Flotten verfügen und unter niedrigen Fracht-

raten leiden. Auf dem Höhepunkt des Booms betragen die Auftragsbestände mehr als 50 Prozent der weltweit fahrenden Flotte, gegenwärtig sind es kaum mehr als 20 Prozent. Das zeigt sich bereits in den Preisen: Ein großes Containerschiff kostete in Spitzenzeiten 160 Millionen US-Dollar, heute sind es noch 97 Millionen Dollar. dpa



Jetzt sollen erst mal Arbeitsgruppen ran: Umweltminister Peter Altmaier (CDU), Kurt Beck (Ministerpräsident Rheinland Pfalz, SPD), Kanzlerin Angela Merkel (CDU), Peter-Harry Carstensen (Ministerpräsident Schleswig Holstein, CDU) und Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) schlugen gestern keine energiepolitischen Nägel ein. Foto dpa

Energiegipfel in Berlin: Außer Spesen nichts gewesen

Lediglich engere Kooperation vereinbart: Merkel tritt mit ihrem Schlüsselprojekt auf der Stelle

Berlin. Der Energiegipfel in Berlin ist gestern ohne große Erkenntnisse zu Ende gegangen. Bund und Länder vereinbarten lediglich eine stärkere Zusammenarbeit und mehr Tempo. Wichtige Einzelfragen wurden nicht entschieden.

Von Kai Kollenberg

Angela Merkel (CDU) gab sich nicht sonderlich viel Mühe, den Gipfel schönzureden. Die Kanzlerin fasste in dürren Worten die Ergebnisse zusammen, die sie mit den Ministerpräsidenten verabredet hatte: Mindestens zwei Mal im Jahr wollen die Ministerpräsidenten und sie sich von nun an treffen, um über den Fortgang der Energiewende zu beraten. Des Weiteren sollen Arbeitsgruppen Detailfragen wie den Netzausbau oder die Energieeffizienz lösen. Gemessen an ihren eigenen Ansprüchen ist das nicht viel. Merkel hatte dem Gipfel hohe Bedeutung zugemessen und die Energiewende zu einem Schlüsselprojekt ihrer zweiten Amtszeit ge-

macht. Nun musste sie verkünden, dass lediglich die Bereitschaft zur Zusammenarbeit bestehe.

„Die Energiewende ist eine Herkulesaufgabe, der wir uns verpflichtet fühlen“, sagte Merkel. „Wir wollen den Erfolg.“ Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (CDU) sprach auf der einberufenen Pressekonferenz von einem „wichtigen Schritt, um die unterschiedlichen Interessen aufzuarbeiten“. Sein Amtskollege aus Rheinland-Pfalz, Kurt Beck (SPD), erhoffte sich mehr Planungssicherheit für die Unternehmen der Energiebranche und des verarbeitenden Gewerbes. Alle drei betonten aber, dass die mehrstündige Diskussion im Kanzleramt

„intensiv“ und „konstruktiv“ verlaufen sei.

Länger als vorgesehen hatte die Kanzlerin zuvor mit den Ländervertretern gesprochen. Es gab einiges aufzuarbeiten. Viele Ministerpräsidenten hatten in den vergangenen Tagen ihrem Ärger über die fehlende Planung der Energiewende durch die Bundesregierung Luft gemacht. Mangelndes Engagement aus dem Umweltministerium wurde beklagt. Selbst Volker Kauder, CDU-Fraktionschef im Bundestag, verlangte einen „Neustart“. Befeuert werden sollte dieser durch den hastig eingeleiteten Wechsel an der Spitze des Umweltressorts von Norbert Röttgen zu Peter Altmaier (beide CDU). Nun besteht nach dem Gipfel eine Vielzahl von Problemen fort.

Weder wurde in der Spitzrunde der Streit um die Kürzung der Solarförderung gelöst noch über die Frage von neuen Netztrassen oder Kraft-

werken abschließend beraten. Selbst den Vorstoß Seehofers, der Bayern unabhängig von der Offshore-Windenergie machen will und eher auf energieautarke Lösungen setzt, handelte der Gipfel eher am Rande ab. Die anderen Länder-Chefs nahmen dessen Pläne bloß zur Kenntnis. Nach dem Treffen war die Frustration einigen Teilnehmern anzumerken.

Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) bemängelte den vagen Charakter des Treffens. Es sei keine „konkrete Agenda mit Zeitplan“ zustande gekommen. „Wir stehen unter enormem Zeitdruck“, sagte Kretschmann. Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) bezeichnete das Ergebnis des Treffens als „eher enttäuschend“. Der Bund habe sich einem Plan für die Energiewende mit klaren Terminen und Verantwortlichkeiten weiter verweigert.

Vertrauliches Gespräch im Kanzleramt

Berlin. CSU-Chef Horst Seehofer und Kanzlerin Angela Merkel reden wieder miteinander: Am Dienstagabend haben sich beide gegen 22 Uhr im Kanzleramt zu einem vertraulichen Gespräch getroffen. Bayerns Ministerpräsident verließ die Regierungszentrale kurz vor Mitternacht. FDP-Chef Philipp Rösler war bei dem Treffen nicht zugegen – die beiden Chefs der Unionsparteien wollten sich erst einmal ohne den Vizekanzler austauschen.

Im Mittelpunkt des Gesprächs stand offenbar die Energiewende, so hieß es jedenfalls in Koalitionskreisen. Schon vor dem Treffen hatte Seehofer einmal mehr den Druck auf Merkel erhöht und ihr in der „Süddeutschen Zeitung“ mit einem Alleingang Bayerns gedroht. „Dann gründen wir ein Bayernwerk“, ließ er Merkel wissen, ohne Details zu nennen. Von der FDP wurde das Treffen gestern zurückhaltend kommentiert. Es sei klar, dass sich CDU und CSU nach dem Wahldebakel in Nordrhein-Westfalen zunächst intern verständigen müssten, hieß es in Parteikreisen. Man rechne aber mit einem Koalitionsgipfel Anfang kommender Woche. Das Misstrauen sitzt weiter tief, denn die Liberalen argwöhnen, dass Seehofer die Situation nutzen will, um neue CSU-Forderungen in der Koalition durchzusetzen.

In Sachen Bayernwerk gab es gestern schon eine klare Absage von FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle. „Wenn jeder seinen Holzofen anwirft, ist das nicht die Lösung.“ Seehofers Überlegungen liefen auf einen Rückfall in „staatswirtschaftliche Strukturen“ hinaus.

Indessen ist die Union in der Wählergunst rasant abgestürzt: In der jüngsten Forsa-Umfrage verlor sie vier Punkte und fiel auf 31 Prozent – der schlechteste Wert seit Ende Oktober 2011. lin, dpa

Plötzlich blieb der Schub weg

Der Absturz der Facebook-Aktie beschäftigt nun auch die Gerichte

Von Ulrich Metschies

New York/Kiel. Vielleicht hatte Mark Zuckerberg keine Lust auf Roadshow. Vielleicht sah er das Unheil ja auch voraus. Wie ein gelangweilter Teenager stellte sich der Facebook-Gründer kurz vor dem Börsengang möglichen Investoren in New York vor. Wer lustlos in Jeans und Kapuzenpulli in Konferenzräume schlurft, und nach ungewöhnlich langem Aufenthalt in der Hotel-Toilette auch noch viel zu spät kommt, der erntet Missfallen in Bankerkreisen.

Doch „Zucks“ unartiger Sheraton-Auftritt ist nur Randnotiz einer beispiellosen Börsen-Bruchlandung. Mit der werden sich nun auch Aufsichtsbehörden und Gerichte beschäftigen müssen: Anleger reichten erste Klagen

ein, und auch die US-Börsenaufsicht SEC hat Fragen. Dass aus dem hochgejubelten Börsengang ein juristischer Schlagabtausch wird, kommt nicht von ungefähr: Während Facebook und die Alteigentümer satte 16 Milliarden Dollar einnahmen, verloren Investoren 16 Prozent ihres Geldes. Sie wird es wenig trösten, dass die Talfahrt gestern vorerst gestoppt schien: Zu Beginn des Handels stieg der Kurs um gut drei Prozent auf 32 Dollar – immer noch ein trauriger Wert angesichts des Ausgabekurses von 38 Dollar.

Doch wie konnte es zu diesem Absturz kommen? Dass die Aktie maßlos überbewertet war, hätte schließlich jeder Anleger wissen müssen. „Aktienkäufer wie Verkäufer haben gezockt“, sagt Dorothee Thomanek, Geschäftsführerin des auf Aktienanalyse spezia-

lisierten Kieler Softwareunternehmens ETS. „Warum soll Facebook mehr wert sein, als etwa Apple oder VW?“ Nach Einschätzung von Lothar Koch, Portfoliomanager der Düsseldorfer GSAM AG und zuständig für Hamburg und Schleswig-Holstein, gibt es vor allem zwei Gründe für den Kurseinbruch: die Gier der Altanteileigner und Banken, die den Börsengang begleitet haben: „Hier wurde schlicht ein zu hoher Kurs angesetzt, um Kasse zu machen.“ Zweiter Grund: Die angesichts der großen Nachfrage erwarteten Anschlussaufträge blieben aus, weil mitten in die heiße Phase des Börsenganges zwei sehr unerfreuliche Nachrichten platzten: Die federführende Bank Morgan Stanley korrigierte



ihre Umsatzerwartungen für das Online-Netzwerk nach unten, und mit GM büßte Facebook einen bedeutenden Werbekunden ein. Prompt verloren viele Investoren, die beim IPO nicht wie erwartet zum Zug gekommen waren, die Lust, nach Handelsstart Papiere nachzuordern. Tödlich für den Kurs einer derart gehypten Aktie. Koch: „Das ist, als würden bei einem Flugzeug in der Startphase die Triebwerke ausfallen.“